

## Allgemeine Finanzlage der Stadt HEILBRONN

Unverantwortlich hat es ein Fraktionsvorsitzender im Heilbronner Gemeinderat in der letzten Sommerpause genannt, als der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Herr Dörner, auf die prekäre Finanzlage hinwies, die Zahlen aufführte und hinterfragte, wie die Verwaltung sich vorstellt, dies zu schultern.

Unverantwortlich ist es, aus alleinigen taktischen Gründen aufgrund der anstehenden Landtagswahlen Projekte voranzutreiben oder zu Beginnen, deren Finanzierung weder gesichert noch betriebswirtschaftlich stimmig sind.

Natürlich ist eine Kommune in ihrem Wirken und ihren Projekten nicht alleinig an den betriebswirtschaftlichen Regeln eines Wirtschaftsunternehmens zu messen. Projekte und Vorhaben, die der Bürgerschaft und dem Wohle der Stadt dienen, haben oft weitergehende Werte und Synergien, die alleinig in Wirtschaftszahlen nicht immer beurteilbar und „messbar“ sind.

Doch es gehört zu einer soliden und verantwortungsbewussten Finanzpolitik einer Kommune dazu, den Bürgerinnen und Bürgern eine Beurteilungsmöglichkeit zur Abwägung des „Für“ und „Wider“ von Projekten und Vorhaben zu geben. Es geht nicht darum Visionen zu zerschlagen und zukunftsweisende Projekte zu blockieren.

Doch genau wie jede Bürgerinnen und Bürger bei der Realisierung eines privaten Vorhabens, sich darüber Gedanken machen muss, ob auf Ersparnes zurück gegriffen wird oder ob man sich ein Darlehen von seiner Hausbank holt, gehört es zur Mündigkeit der Bürgerschaft und zur Verantwortung der gewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte dazu, sich nicht auf das ausgeübte Wahlrecht zurückzuziehen, sondern sich in einem lebendigen Prozess miteinander durch einen fortwährenden Austausch abzustimmen und zu sichern, dass die Geschicke und die Entscheidung der Stadt und des Gemeinderates, von der Mehrheit der Bürgerschaft getragen werden.

Dazu gehört Aufklärung:

Heilbronn wird in den nächsten 10 Jahren immense Geldmittel benötigen:

Hochwasserschutz	36 Mio €
Brandschutz	30 Mio €
Klimaschutz	96 Mio €
Klinikum	84 Mio €
BUGA	94 Mio €
Gesamt	340 Mio €

Demnach sind durchschnittlich in den nächsten 10 Jahren zusätzlich zu den laufenden Kosten 34 Mio. € aufzubringen.

Dem stehen gesicherte Rücklagen wie folgt gegenüber:

Stand 31.12.2009 zweckgebunden insgesamt 105 Mio €. Davon speziell für:

ZIP (Zukunftsinvestitions-Programm)	69 Mio €
Krankenhaus Klinikum	3 Mio €
Konjunkturprogramm	2 Mio €
2. Innenstadt offensive	2 Mio €
Kleinkinderbetreuung	4,4 Mio €

Eine weitere freie Rücklage von 12 Mio € wurde in 2010 abgeschmolzen auf momentan nur noch 1,2 Mio €.

Hier ist es verantwortungsbewusst im Hinblick auf die drohende Verschuldung zu hinterfragen, wie diese zusätzlichen Mittel aufgebracht werden sollen.

Woher sollen diese erforderlichen Mehrerträge erwirtschaftet werden? Wie sind welche Projekte zu schieben mit welchen verantwortbaren strukturellen Auswirkungen?

Die Antwort der Verwaltung fällt hierzu nur dürrtig und wirtschaftlich ´nicht aussagefähige aus. Man wartet auf das Ansteigen der Konjunktur. Das Prinzip Hoffnung wird gelebt.

Die Bürgerinnen und Bürger sind sich dessen nicht bewusst, doch woran liegt das?

Man vertraut der Stadt und dem Gemeinderat, dass sie die Geschicke zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger und gleichfalls verantwortungsbewusst führen.

„Schulden machen“ entspricht wohl dem Zeitgeist, wenn man die steigenden Geschäfts- und Privatinsolvenzen sieht. Aber auch Bund und Land leben es einem vor.

Basisdemokratie sieht für die Freien Wähler anders aus. Bürgerbeteiligung darf man sich nicht nur als Wahlslogan auf die Fahnen schreiben, sondern man muss sie auch von den Bürgerinnen und Bürgern einfordern. Dazu gehört Aufklärung und Transparenz mit der damit einhergehenden öffentlichen Diskussion. Stadt und Gemeinderat würden gut daran tun, nicht vielleicht über einen Bürgerentscheid, jedoch über eine direkte Bürgerbeteiligung, ein echtes Votum der Bürgerschaft abzuholen. Die Möglichkeiten für die Umsetzung sind mannigfaltig. Öffentliche Diskussion sollte nicht nur in Leserbriefen oder Bürgersprechstunden stattfinden. Sie hat mit und inmitten der Bürgerinnen und Bürger zu erfolgen, die aus den Erlebnissen in der Vergangenheit und der gesamtpolitischen Lage sich eher verunsichert über die Zukunft und Entwicklungen zurück ziehen.

Das kann jedoch nur bedeuten, dass im Herantreten und Beteiligen neue Wege zu gehen sind. Man gewinnt den Eindruck, dass ein Dialog vielmehr als Entscheidungshemmschuh angesehen wird. Die Heilbronn Kommunalpolitik ist kein Stuttgart21 Fall. Doch man muss die Bürgerinnen und Bürger mehr einbinden und in der öffentlichen Diskussion wesentlicher Entscheidung beteiligen. Wozu würde es ansonsten Sinn machen, sich als gewählter Vertreter der Bürgerinnen und Bürger anzusehen, wenn nach der Wahl wesentliche Entscheidung nur noch in der Verwaltungsspitze und im Gemeinderat ohne öffentliche Reflexion in der Bürgerschaft getroffen werden.

Mag dies zur Abgrenzung zueinander von parteigebundenen Fraktionen gewünscht sein, für die Freien Wähler ist dies abzulehnen und nicht zielführend für eine bürgernahe Sachpolitik.